

QUARTALSBERICHT

Projektland: Mongolei

Quartal/Jahr: III/2011

SCHLAGZEILEN:

1. POLITIK

- 1.1. Debatten im Parlament über das neue Wahlgesetz
- 1.2. Die Wahlkampagne der politischen Parteien
- 1.3. Einige Änderungen in der Parteiszene
- 1.4. Polemik im Parlament wegen der Lagerstätten Yous Togo und Tian Togo
- 1.5. Aktivitäten im außenpolitischen Bereich

2. WIRTSCHAFT

- 2.1. Industrie und Landwirtschaft

1. POLITIK

1.1 Parlament: Debatten im Parlament über das neue Wahlgesetz

Vom 7. April bis zum 9. Juli 2011 dauerte die diesmalige Frühjahrstagung des Großen Volkskhurals (des Parlaments) der Mongolei. In den Debatten in dem gesetzgebenden Organ nahmen die Auseinandersetzungen um das neue Wahlgesetz einen besonderen Platz ein: die Meinungsunterschiede zwischen den beiden Parlamentsfraktionen, d.h. der MVP und der DP, waren so weit auseinander, dass sich die Abgeordneten der DP-Fraktion zum Schluss weigerten, an den Sitzungen des Plenums teilzunehmen, wenn die MVP-Fraktion nicht kompromissbereit ist. Die Streitigkeiten entstanden wegen der dominierenden Rolle eines der beiden Wahlsysteme: des Mehrheitswahlsystems oder des Verhältniswahlsystems. Die MVP-Fraktion beharrte darauf, dass von den insgesamt 76 Abgeordneten des Parlaments 52 nach wie vor durch die Anwendung des Mehrheitswahlsystems gewählt und die übrigen 24 Abgeordneten nach dem Verhältniswahlsystem, d. h. nach den Parteilisten, gewählt werden sollen. Die DP-Abgeordneten wollen ein Verhältnis von 50 zu 26, aber in dem umgekehrten Verhältnis, also 50 Abgeordnete nach dem Verhältniswahlsystem und 26 nach dem Mehrheitswahlsystem. Bis zur Sommerpause des Parlaments konnten sich die beiden Fraktionen nicht einigen. Wie zuletzt berichtet wird, hätten die DP- Abgeordneten einen Kompromiss von 36 zu 36 vorgeschlagen, aber die MVP-Fraktion hält auch diese Variante für nicht annehmbar. Das Hauptargument der MVP- Abgeordneten entstammt der Bestimmung der mongolischen Verfassung, die eine direkte Wahl der Abgeordneten vorsieht. Deshalb darf die Besetzung der Parlamentssitze nicht den Parteien überlassen werden, behaupten sie.

1.2 Die Wahlkampagne der politischen Parteien

Die MVP hat in diesem Sommer eine massive Propaganda- Arbeit, die alle 20 Aimaks der Mongolei erfasst, gestartet. Diese Veranstaltungen, die Treffen mit den Wählern, Besichtigungen von Industrie- und landwirtschaftlichen Einrichtungen und kulturelle Programme einschließen, werden unter dem Motto "Die Meinung des Volkes ist uns wichtig" organisiert. Diese Veranstaltungen werden fast jeden Abend in den zentralen

TV- Programmen ausgestrahlt. Die MVP macht sich auch ihre dominierende Position in der Regierung für die Wählerstimmengewinnung zunutze, indem sie durch den Premierminister, der zugleich auch Parteivorsitzende ist, soziale Leistungen für die Rentner, Sozialschwachen und Studenten sowie Lohn- und Gehaltserhöhung im nächsten Jahr verkünden lässt. Eigentlich ist der Haushaltsplan für 2012 noch nicht im Parlament behandelt worden.

Allem Anschein nach wird die Frage über das neue Wahlgesetz der „Zankapfel“ für die Parteifractionen des Parlaments sein, auch bei seiner nächsten Herbstsitzung, die am 3. Oktober 2011 beginnt.

1.3 Einige Änderungen in der Parteiszene

Auch die kleineren und kleinen Parteien rüsten sich für die Parlamentswahlen auf. Wie bereits berichtet, wurde eine MRVP, die auf den "Ruinen" der ehemaligen MRVP gebildet wurde, bei dem Obersten Gericht der Mongolei als eine neue politische Partei registriert. Einigen Tumult gab es nach der Registrierung in der Parteispitze in dem Sinne, dass mehrere einflussreiche Persönlichkeiten der Partei, wie z.B. der Parlamentsabgeordnete und stellvertretender Parteivorsitzende G. Schinebayar oder der als Generalsekretär der Partei gewählte Philosophiedoktor Molor- Erdene aus der Partei ausgetreten waren. Schinebayar und seine Gefolgschaft gründeten eine neue Partei mit dem Namen die "Panmongolische Arbeiterpartei", die wohl auch unter diesem Namen am Wahlkampf teilnehmen wird.

Auch die Neue Nationale Partei hat sich reorganisiert und sich den neuen Namen "Mongolische National- Demokratische Partei" gegeben. Als Vorsitzender der Partei wurde M. Enkhsaikhan, der 1996 bis 1998 als Premierminister fungierte, gewählt.

Pech haben die Partei der Zivilcourage und die Grüne Partei, die sich im vorigen Winter als Partei vereinigt hatten. Gemäß der Entscheidung des Vereinigungsparteitages reichte diese Partei, also die Partei Zivilcourage/ Grüne Partei, ihren Registrierungsantrag dem Obersten Gericht ein, aber das Oberste Gericht wies den Antrag, wie es uns scheint, wegen einer Bagatelle, wie dem Fehlen einiger Unterlagen, zurück. Diese Verzögerung nutzten die ehemaligen, abgewählten "Bosse" der alten Grünen Partei dazu aus, die Vereinigung der Grünen Partei mit der Partei der

Zivilcourage für nichtig zu erklären. Schließlich kann dieses Tauziehen dazu führen, dass die Grüne Partei bei den nächsten Partiewahlen gar nicht teilnehmen kann. Mit anderen Worten sie wird juristisch gar nicht existent sein.

1.4. Polemik im Parlament wegen der Lagerstätten Oyu Tolgoi und Tavan Tolgoi

Nach wie vor bleibt die Frage der Nutzung der Lagerstätten Oyu Tolgoi und Tavan Tolgoi ein "Stein des Anstoßes" im Parlament.

In Oyu Tolgoi hat jetzt das australische Unternehmen Rio Tinto den meisten Anteil, weil das kanadische Unternehmen Ivanhoe Mines einen erheblichen Teil seiner Aktien an Rio Tinto verkauft hat. Inoffiziell aber heißt es, dass etwa 60% der Aktien von Rio Tinto in chinesischer Hand sind. Man muss aber anmerken, dass das unbestätigte Angaben sind. Der Anteil der mongolischen Regierung bei Oyu Tolgoi beträgt nur 34% und das Parlament hat die Regierung beauftragt, daraufhin zu arbeiten, den Anteil der mongolischen Seite bis auf 50% zu erhöhen. Die Regierung hat bis jetzt, diesen Auftrag des Parlaments nicht erfüllt.

Bei Tavan Tolgoi (Kokskohle) sind einige Abgeordnete darüber empört, dass die Regierung bei der Ausschreibung zur Nutzung dieser Lagerstätte eine unfaire Entscheidung getroffen hätte. Die Verteilung der reichsten Kohlevorkommen dieser Lagerstätte wurde von der Regierung folgendermaßen vollzogen:

40%- an das chinesische Unternehmen Shenhua;

36%- an das amerikanische Unternehmen Peabody;

24%- an eine mongolisch- russische Joint Venture.

Das Überraschende bei der Durchführung der Ausschreibung war, dass die japanischen und südkoreanischen Unternehmen, die ihre Anträge der Ausschreibungskommission eingereicht hatten, gar nicht berücksichtigt wurden. Das löste ein enormes Ärgernis besonders bei der japanischen Seite in Gestalt des Botschafters Japans in der Mongolei aus.

Angesichts einer solchen undurchsichtigen und ungerechtfertigten Situation bei der Ausschreibung entschied der Nationale Sicherheitsrat der Mongolei, die Regierung mit der Wiederholung der Ausschreibung zu beauftragen.

Mit all den Fragen werden sich wahrscheinlich die Abgeordneten bei der nächsten Parlamentstagung konfrontiert sein.

1.5. Aktivitäten in außenpolitischen Bereich

Im außenpolitischen Bereich war der vergangene Zeitraum durch ziemlich viele Aktivitäten gekennzeichnet.

Unter anderem weilten der US- amerikanische Vize- Präsident Josef Biden, der südkoreanische Staatspräsident, die Präsidentin Indiens, die finnische Staatspräsidentin und auch ein Mitglied des Politbüros der KPCh in der Mongolei.

Auch mongolische Repräsentanten weilten zu Besuch im Ausland.

So besuchte der Staatspräsident Z. Elbegdorj Japan. Er nahm auch an der 66. Vollversammlung der UNO im September 2011 teil, leitete dort auch eine Tagung der Asia Society.

Der Premierminister S. Batbold nahm an der Ökonomischen Konferenz Asiens in Indonesien teil, stattete einen Besuch der VR China ab und nahm auch an "Baikal-Forum" zu wirtschaftlichen Fragen teil.

Alle Visiten und Gespräche verliefen reibungslos und ohne aufsehenerregende Ereignisse.

Überrascht war die mongolische Öffentlichkeit, den Zeitungsberichten zufolge, von dem Vorschlag des chinesischen Gastes, für die chinesischen Bürger, die in die Mongolei einreisen möchten, die Visumpflicht abzuschaffen.

II. WIRTSCHAFT

2.1. Industrie und Landwirtschaft

Wie bereits erwähnt, wird die Frage der Lagerstätten Oyu Tolgoi und Tavan Tolgoi das Parlament und die Regierung am meisten beschäftigen.

Hoch aktuell ist momentan auch die Frage der Korrektur des Haushaltsplans für 2011 und die Bestätigung des Budgets für 2012. Wie der Finanzminister mitteilte, gibt es einen Überschuss bei den Einnahmen im Haushalt, so dass die Finanzierung verschiedener Maßnahmen und Arbeiten neu korrigiert werden müssen.

Der Premierminister verspricht, dass das von der MRVP abgegebene Wahlversprechen, jedem Bürger der Mongolei 1,5 Millionen Tugrik bar auszuzahlen, noch bis zum Ablauf der Legislaturperiode eingelöst sein wird. So werden allen Bürgern im Rentenalter (Frauen ab 55, Männer ab 60 Jahren) und den arbeitsunfähigen Personen 1 Million Tugrik pro Person auf einmal bar ausgezahlt. Außerdem wird für diese Bevölkerungsgruppe die Rente um 53% erhöht. Der Durchschnittslohn wird auf 600.000 Tugrik monatlich angehoben. Die Anzahl der Bürger, die von diesen sozialen Leistungen erfasst wird, beträgt 334.200. Der verbliebene Bevölkerungsteil von 2,2 Millionen Menschen wird von dem Geld, das von dem Bergbausektor zusammenkommt, versorgt, d.h., dass auch jeder von ihnen 1 Million Tugrik bekommt.

In diesem Jahr haben die mongolischen Landwirte die höchsten Getreideerträge und auch gute Erträge bei Kartoffeln und Speisegemüse, die es seit Jahrzehnten nicht gab, erzielt.

Mit Getreide und Kartoffeln kann die Landwirtschaft den Bedarf der Mongolei ganz und mit Gemüse zu 70% decken. Probleme bestehen bei der Lagerung der Vorräte, weil es im Land nicht genug Speicher gibt.

Bis Mitte Oktober wird die Ernte vollständig beendet sein, obwohl die zu frühen Schneefälle und Frost, die im September bereits zweimal eintraten, einige Schwierigkeiten bereiteten.

Prof. Dr. Sarantuya

Projektleiterin der Hanns-Seidel-Stiftung in Ulaanbaatar, Mongolei

Bericht erstellt unter Mitarbeit von Herrn Khatanbaatar.

IMPRESSUM

Erstellt: 07.10.2011

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2011

Lazarettstr. 33, 80636 München

Vorsitzender: Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D., Senator E.h.

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Christian J. Hegemer, Leiter des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359

E-Mail: iiz@hss.de | www.hss.de